
The good, the bad, and the ugly

Über das Verhältnis von Populismus und Demokratie – Eine Skizze

Hans Vorländer



Prof. Dr. Hans Vorländer, geb. 1954 in Wuppertal. Studium der Politikwissenschaft und Rechtswissenschaften, der Philosophie und Germanistik; 1980 Promotion, 1991 Habilitation; Gastprofessuren u. a. in Frankfurt a. M., Essen, Dubrovnik, Mexico City und Paris; Inhaber des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden; Gründer und Direktor des Zentrums für Verfassungs- und Demokratieforschung an der TU Dresden sowie Gründer und Sprecher des Sonderforschungsbereichs 804 „Transzendenz und Gemeinsinn“.

Abstract

Political science has been unable to grasp populism both comprehensively and conceptually up to today – and its relationship to democracy is seen as unsolved as well. The essay summarizes important characteristics of populism and shows how diverse and contradictory the effects are on modern democracy: beside the good populism that stimulates democracy in certain situations and the bad populism that tends toward authoritarianism while still controllable, appears the ugly populism that destroys democracy.

Populismus und Demokratie enthalten beide eine zentrale Referenz zum Begriff des Volkes.* Das macht das Verhältnis beider problematisch. Populismus könnte so gelesen werden, als verwirklichte sich erst in ihm die Demokratie. Diese beruht bekanntlich auf der Souveränität des Volkes. Geläufiger ist jedoch die Vermutung, dass der Populismus die Demokratie in ihrem Kern gefährdet und letztlich auch zerstört. Populismus kann also eine Herausforderung an die Demokratie sein, ihr eigenes Versprechen einzulösen. Er kann aber auch die pathologische Seite der Demokratie sein. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass Populismus einerseits für eine Hydra gehalten wird, die in unterschiedlichen Kontexten ihr immer neues Haupt bedrohlich erhebt. Populismus könnte andererseits aber auch ein Phänomen sein, das der Demokratie genuin einge-

* Dieser kurze Essay verzichtet auf eine umfassende, die Vielfalt der historischen Phänomene und die Differenziertheit von historischen und sozialwissenschaftlichen Studien aufgreifende Form der Analyse. Mein Versuch bleibt damit, empirisch gesehen, „unterkomplex“. Die Absicht ist eine zugespitzte, idealtypisch verfahrenende Verhältnisbestimmung von Demokratie und Populismus. Kritische Hinweise verdanke ich vor allem Paula Diehl, Alexandre Escudier, Stefano Cavazza, Karin Priester und Hans-Jürgen Puhle sowie den Teilnehmern von Diskussionen in Bologna, Dubrovnik und Lovenjo di Menaggio.

geschrieben ist. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass der Begriff des Populismus in politischem Diskurs und wissenschaftlicher Analyse höchst negativ konnotiert ist, gilt es einzuräumen, dass die Wissenschaft von der Politik weder ein analytisches Konzept noch eine zureichende Klärung des Begriffes vorgelegt hat. Auch das Verhältnis von Populismus und Demokratie hat nach wie vor als ungeklärt zu gelten.

Das heißt nicht, es gäbe keine sinnvollen Teildefinitionen, die Grundlagen sehr ausgefeilter empirischer Studien sind. Die Literatur ist umfangreich und bekannt. Aber jede Definition in generalisierender Absicht – und sei es nur eine Minimaldefinition – stößt sehr schnell an ihre empirischen Grenzen. Die Frage, ob Populismus eine Ideologie oder „nur“ ein Stil, eine Doktrin oder eine Rhetorik, eine feste Einstellung oder eine polemische Figur ist, worin sich Oppositions- von Regierungs-, Bewegungs- von Politikerpopulismus, vorübergehender von persistentem, legitimer von illegitimem Populismus unterscheidet – kann so oder anders beantwortet werden, je nachdem, mit welcher (Vorab-)Definition populistische Phänomene identifiziert werden. Das spricht sehr dafür, auf General- oder Minimaldefinitionen zu verzichten und eine heuristische Beschreibungssemantik zu wählen, die historisch offen und zugleich kontextsensibel ist, dabei aber typisierend in der Herausarbeitung von „weichen“ – bspw. semantischen, symbolischen, kulturellen – und „harten“ – bspw. institutionellen, persönlichen, systemischen – Strukturen verfährt.

Zum *common sense* der Rede über den Populismus gehört der Verweis auf den rechten oder rechtsextremen Populismus in Europa. Bisweilen werden auch einzelne Politiker, egal, auf welcher Seite des politischen Spektrums, Populisten genannt. Historische Studien haben den Begriff des Populismus auch auf andere Zusammenhänge bezogen, in denen Bewegungen oder Parteien in Erscheinung traten, denen ein „populistischer“ Charakter attestiert wurde. Mit Studien der letzten Jahre lassen sich – zumindest – drei „Wellen des Populismus“ unterscheiden: der agrarische Populismus, der lateinamerikanische Populismus und der Populismus der neuen Rechten. Der agrarische Populismus geht zurück auf die russische intellektuelle Bewegung der Narodniki in der Zeit des 19. Jahrhunderts, zugleich war auch die Bewegung der Agrarier in Nordamerika, die sich in der People's Party vereinte, ein populistisches Phänomen. Die lateinamerikanischen Varianten blühten vor allem in den 1940er und 1950er Jahren auf und wurden mit den autoritären Regimen von Perón in Argentinien und Vargas in Brasilien verbunden. Zeitgenössisch zeigt sich der lateinamerikanische Populismus in unterschiedlichem, auch linkem Gewande, immer aber verkörpert in starken Führungsfiguren: Meném, Collor, Fujimori bis hin zu Chavez und Morales. Seit den 1970er Jahren erstarken Bewegungen der neuen Rechten in verschiedenen europäischen Staaten und in der angloamerikanischen Welt. Seitdem wird Populismus mehr und mehr mit rechten Parteien in Verbindung gebracht. Einige von ihnen sind offen antidemokratisch, andere verbergen ihre antidemokratische Haltung hinter einer Fassade bürgerlicher Wohlanständigkeit. Einige rechte

Parteien positionieren sich als Anti-Migranten- und zunehmend auch als Anti-Islam-Parteien, viele inszenieren sich als Protestparteien und können einen relativ breiten Anteil des Elektorates auf sich vereinigen. Die meisten dieser Parteien – beispielsweise die FPÖ Österreichs, die Lega Nord Italiens, die Liste Pim Fortuyn, jetzt die Partij voor de Vrijheid, in den Niederlanden, der Front National in Frankreich, die neuen skandinavischen Populisten – besaßen oder besitzen charismatische Führer, die die Anhängerschaft zu mobilisieren und hinter der jeweiligen Partei zu integrieren verstanden bzw. verstehen. Zugleich spricht der Populismus der neuen Rechten xenophobe, rassistische oder nationalistische Einstellungen an und stützt sich auf Themen wie Migration, Steuern oder Kriminalität.

Wie immer man die historisch unterschiedlichen Varianten des Populismus auch einschätzt, es scheint fünf Charakteristika zu geben, die dem Populismus eine spezifische Struktur geben. Erstens rekuriert der Populismus, vor allem in seinen historischen Varianten des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, semantisch auf das „Volk“ und/oder auf den „kleinen Mann“. Zweitens konstituiert sich der Populismus mittels scharfer Leitdifferenzen, seine Rhetorik strukturiert sich in Grundunterschieden: „wir“ und „sie“, „oben“ und „unten“, „innen“ und „außen“; triadisch werden die Differenzen, wo sich die *classes moyennes* gegen „oben“ und „unten“ abgrenzen.¹ Drittens: Mit „sie“, „oben“, „unten“ und „außen“ werden kollektive Entitäten konstruiert, die als Phantasmen der Bedrohung Sinn und Identität für die Institutionalisierung des eigenen „wir“ stiften. Viertens lebt der Populismus von Homogenitätsbehauptungen: Unterschiede sozialer, ökonomischer, kultureller oder politischer Art gehen in den Kollektivsingularen von „dem Volk“ und „dem kleinen Mann“, von „wir“, „sie“ usw. unter. Die Behauptung der Homogenität korrespondiert mit dem – intendierten – Effekt der Exklusion, der Separierung des Anderen und der Differenz von „denen“ und „uns“. Fünftens etabliert der Populismus in allen seinen – totalitären, autoritären, demokratischen – Erscheinungsformen eine Mobilisierungsstruktur von charismatischer Leitfigur und Anhängerschaft, von – zugespitzt formuliert – Führer und Gefolgschaft.

Diese Strukturbeschreibungen des Phänomens Populismus sagen indes noch nichts über das Verhältnis von Populismus und Demokratie aus. Es ist vor allem Margaret Canovan, die mit ihren Studien über die historischen Erscheinungsformen des Populismus zu einer Veränderung der Einschätzung beigetragen hat, dass Populismus per se eine Gefahr für die Demokratie, ein Symptom ihrer Degeneration sei. Für Canovan ist, ganz im Gegensatz zu dieser landläufigen

1 Vor allem die Arbeiten von Karin Priester zeigen die doppelte Stoßrichtung des modernen, zeitgenössischen Populismus der Mittelklasse. Eine andere interessante Frage wäre, ob sich hierin auch der Unterschied zwischen einem „populisme des modernes“ und einem „populisme des anciens“ festmacht. Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M. 2007. Vgl. hier auch Guy Hermet, *Les Populismes dans le monde*, Paris 2001. Ich danke Alexandre Escudier für diesen Hinweis.

Annahme, Populismus eine positive Herausforderung der Demokratie.² Sie argumentiert, dass der Demokratie ein Spannungsverhältnis zugrunde liegt, welches von populistischen Bewegungen von Zeit zu Zeit aufgelöst wird. Dort, wo Demokratien erstarren, werden sie von Populisten wieder „flott“ gemacht. Den institutionellen Stabilisierungsmechanismen stehen dynamisierende Bewegungselemente, populäre Strömungen, gegenüber. Aus der Geschichte des Populismus zieht sie den – historisch durchaus zutreffenden – Schluss, dass populistische Bewegungen sowohl auf der politischen Rechten wie auch auf der politischen Linken existiert haben. Damit schiebt sich eine alternative Interpretation in den Vordergrund, die den Populismus aus seiner konservativen, nativistischen oder rassistischen Ecke herausholt. Populismus gewinnt nun den Charakter einer radikalen politischen Bewegung, einer sogenannten Graswurzel-Strömung, die einer erstarrten Demokratie wieder neues Leben einhaucht. Populismus wird zum vitalen, belebenden Element von Demokratie und lässt sich kategorial, in Anlehnung an Michael Oakeshott, als „redemptive politics of faith“ verstehen. Populismus „reinigt“ eine Demokratie, die in ihren repräsentativen Strukturen unbeweglich zu werden droht. Populismus muss demnach als Moment und Form direkter und partizipatorischer Demokratie verstanden werden. Populismus erzeugt auf jeden Fall einen Effekt, der nach Canovan in einer umfassenden Inklusion und einer höheren Responsivität der Eliten besteht und damit dem demokratischen System einen breiten, integrativen Konsens ermöglicht.

Canovan wirft damit ohne Zweifel einen frischen Blick auf das Phänomen des Populismus. Gleichwohl bleibt ihr theoretischer Ansatz genauso ambivalent wie der Populismus selbst. Indem Canovan den Populismus zu einer Kraft der demokratischen Erneuerung deklariert, zeigt sie sich inspiriert von seinen progressiven Varianten. Das ist zwar historisch nicht falsch, wie ein Blick auf die People's Party der USA an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, auch auf das Bull Moose Movement von Theodore Roosevelt zeigt, aber daraus die Konsequenz abzuleiten, dass der Populismus ein Element direkter und partizipatorischer Demokratie ist, kann nur um den Preis der Ausblendung aller anderen Populisten geschehen. Ein weiterer Einwand tritt hinzu: Der Populismus scheint allenfalls ein instrumentelles, kein prinzipiell positives Verhältnis zu den Institutionen und Arenen institutionalisierter Demokratie zu haben. Es geht ihm einzig darum, sich aller Mechanismen direkter Einflussnahme auf die Politik zu bedienen, um so den – von ihm beanspruchten und für heilig erklärten – „Volkswillen“ ins Feld zu führen. Schließlich zeigt die Geschichte populistischer Bewegungen – gerade in jüngster Zeit – dass Populisten sich durch geringen Respekt gegenüber den Institutionen der Demokratie auszeichnen. Es sind gerade die Einrichtungen und Verfahren der Demokratie und der durch sie erzeugten Entscheidungen, denen Misstrauen und Widerstand entgegengebracht wird. Institu-

2 Vgl. Margaret Canovan, *Populism*, New York 1981, sowie dies., *Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy*. In: *Political Studies*, 47 (1999), S. 2–16.

tionen kommt damit allenfalls ein taktischer Wert zu, man bedient sich ihrer, um das populistische Anliegen zu kommunizieren. Der rationalisierende und legitimierende Eigenwert demokratischer Institutionen und Verfahren wird nicht anerkannt. Canovan ebnet den Unterschied zwischen Demokratie und Populismus mit ihrer – sicherlich durch die Rezeption Hannah Arendts beförderten – Lektüre fortschrittlicher, populistischer Bewegungsdemokratie zu schnell ein.

Gleichwohl eröffnet Canovans Blickwechsel eine wichtige analytische Einsicht. Wenn man davon ausgeht, dass das System der konstitutionellen Demokratie zwei Strukturprinzipien spannungsvoll miteinander verbindet,³ dann kann im Populismus ein Korrektiv gesehen werden. Die Verfassungsdemokratie besteht aus zwei Pfeilern, wobei der eine, der konstitutionelle, die höchste Autorität des politischen Gemeinwesens im Recht begründet. Der Rechtsstaat bzw. das Formprinzip der *rule of law* ist nicht nur das Medium, in dem sich modernes, demokratisch legitimates staatliches Handeln vollzieht, es ist auch und, von seiner historischen Genese her, vor allem ein Mittel der Begrenzung staatlicher Macht und ein Garant individueller Menschen- und Bürgerrechte. Der Vorrang der Verfassung, nicht selten auch untersetzt durch eine eigene Institution der Verfassungsgerichtsbarkeit, besteht dann auch gegenüber demokratischen Mehrheiten. Vor allem die liberale Tradition eines John Stuart Mill und eines Alexis de Tocqueville hat auf diese Freiheit wahrende Funktion von Recht einerseits und die Gefährdung der Demokratie durch ein tyrannisch wirken könnendes Mehrheitsprinzip andererseits hingewiesen.

Der zweite, der demokratische Pfeiler, reklamiert seinerseits die höchste Autorität für sich, die unmittelbar in der Souveränität des Volkes begründet liegt. Hier nun lässt sich eine positive Deutung des Populismus anschließen. Populistische Einstellungen und Bewegungen entstehen danach dann, wenn die konstitutionelle Demokratie ihre Balance zwischen den beiden Pfeilern, der Demokratie und dem Konstitutionalismus, verloren hat. Das Gefühl, dass das Spannungsverhältnis sich einseitig zugunsten der repräsentativen, auch judikativen Institutionen verschoben hat, und die Vermutung, dass Repräsentanten in einer wachsenden Distanz zu den Repräsentierten agieren könnten, lassen populistische Reaktionsmuster entstehen, die mit Rekurs auf die „Stimme des Volkes“ oder jene des „gemeinen Mannes“ die Restitution der demokratischen Komponente, vor allem ihres unmittelbaren, nicht durch Institutionen und Repräsentanten mediatisierten Ausdrucks einfordern. Wenn hier also ein situativer, die institutionelle Verfassung der Demokratie insgesamt respektierender Populismus als eine Korrektur zu der aus der Balance geratenen Verfassungsdemokratie verstanden wird, dann kann sicherlich konzidiert werden, dass der

3 Vgl. Hans Vorländer, Die Suprematie der Verfassung. Über das Spannungsverhältnis von Demokratie und Konstitutionalismus. In: Wolfgang Leidhold (Hg.), Politik und Politeia. Formen und Probleme politischer Ordnung, Würzburg 2000, S. 373–383 sowie Yves Mény/Yves Surel, The Constitutive Ambiguity of Populism. In: dies. (Hg.), Democracy and the Populist Challenge, New York 2002, S. 1–21.

Populismus keine Bedrohung für die Demokratie darstellt, sondern eher als Frischzellen-Kur wirkt.

Allerdings scheinen die Übergänge fließend zu sein. Sie werden vor allem dort problematisch, wo der Populismus ein pathologisches Verhältnis zur Demokratie entwickelt. Populisten üben Druck auf die Mechanismen der konstitutionellen Kontrollen und Balancen aus. In der Regel weisen sie sich nicht durch großen Respekt gegenüber den Prinzipien der Gewaltenteilung und Machtverteilung aus. In der Pose von Volkstribunen reklamieren sie die Macht für das Volk. Die Befugnis der Gesetzeskontrolle von – nicht direkt gewählten – Richtern widerspricht dieser populistischen Grundeinstellung. Die letzten zwanzig Jahre haben hier zahlreiche Beispiele, in westeuropäischen (z. B. Italien) wie in den Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas (z. B. Polen), gezeigt.

Der Populismus misstraut allen Einrichtungen, die eine gewisse institutionelle Autonomie vom politischen Tagesgeschäft besitzen, wie es Verfassungsgerichte oder Zentralbanken tun. Territoriale und funktionale Aufteilungen von Macht laufen der Behauptung eines für ungeteilt erklärten Volkswillens zuwider. Mit diesem populistischen Misstrauen gegenüber den Institutionen der liberalen und konstitutionellen Demokratie geht auch eine Geringschätzung, bisweilen sogar eine Leugnung der verfassungsmäßig garantierten Rechte von ethnischen, nationalen, kulturellen und religiösen Minderheiten einher.⁴ Zusammengekommen können diese Einstellungen, das Misstrauen gegenüber und die Ungeduld mit den institutionellen Verfahren einer konstitutionellen Demokratie, kaum als Beleg für die demokratischen Erneuerungsqualitäten populistischer Bewegungen gewertet werden. Der Populismus bleibt auch dann, wenn man ihm partiell innovative und progressive Wirkungen attestieren möchte, höchst ambivalent in seinem Verhältnis zur modernen, konstitutionell eingehetzten und begründeten Demokratie: „Politics in representative democracy generally presupposes the priority of institutional mediations over charisma, the presence of checks and balances to limit the discretionary powers of political leaders, the widespread practice of reaching agreements through negotiations among political elites“.⁵ Populismus widerspricht hier den fundamentalen Prinzipien und Praktiken der Demokratie.

Auch unter repräsentationstheoretischen Gesichtspunkten lassen sich Populismus und Demokratie nicht wirklich vereinbaren. Populismus basiert im Kern auf der Illusion einer Einheit in sich selbst. Das Phantasma einer organischen

4 Dass sich (Links-)Populismen partiell mit Minderheiten verbinden, wie beispielsweise Chávez in Venezuela mit der indigenen Bevölkerungsgruppe, spricht nicht gegen die These, weil die den Populismus konstituierende Mobilisierungsstruktur von „wir“ und „die“, „innen“ und „außen“ erhalten bleibt und diskriminierende Exklusionen erzeugt.

5 Benjamin Arditi, *Populism, or, politics at the edges of democracy*. In: *Contemporary Politics*, 9 (2003) 1, S. 17–31, hier 26.

Einheit des politischen Gemeinwesens besitzt den Vorzug,⁶ die Identität eines klar und eindeutig definierten politischen Kollektivs behaupten und gegen die Faktizität des anstrengenden und langwierigen demokratischen Prozesses in Stellung bringen zu können. Dieser Prozess des „langsamen Bohrens dicker Bretter“ (Max Weber) zeichnet sich zuvörderst durch Artikulation und Ausgleich konfligierender Interessen aus und ist insofern Spiegel eines unhintergehbaren Pluralismus der modernen Welt. Das aber leugnet der Populismus. Seine Fiktion einer homogenen politischen Einheit generiert eine Logik, die die Idee der Differenz und des Anderen aus dem Vorstellungshaushalt der Demokratie eliminiert. Diese Imaginationen von Einheit, Identität und politischer Gemeinschaft, im deutschen Kontext historisch als „Volksgemeinschaft“ semantisch kodiert, werden zur Schnittstelle zwischen Populismus und Totalitarismus. Moderne Demokratien müssen aber darauf bestehen, dass die Pluralität von Werten und Interessen nur auf dem Wege notwendig konfliktiver Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu einem Ausgleich *pro tempore* gebracht werden kann. Die Demokratie basiert auf der Idee einer offenen Gesellschaft, die über die politische Ebene von Fall zu Fall integriert wird, während der Populismus auf der Imagination einer geschlossenen, homogenen kollektiven Einheit beruht, die politisch im vermeintlich einheitlichen Volkswillen ihren unmittelbaren Ausdruck findet.

Die zeitgenössische Demokratie lässt nun aber selbst Entwicklungen erkennen, die als schleichende populistische Transformation gedeutet werden können.⁷ Es ist vor allem der politisch-mediale Komplex, der Befürchtungen entstehen lässt, dass sich die repräsentative zu einer „präsentativen“ Demokratie wandelt⁸ und dabei populistische Politikmuster eines Cäsarismus in demokratischem Gewande erzeugt. Präsidentsielle Systeme zeigen hier besondere Anfälligkeiten, aber auch in parlamentarischen Regierungssystemen macht sich ein schleichender Präsidentialismus breit. Zum einen stellen die modernen, audiovisuellen Massenmedien eine virtuelle Unmittelbarkeit politischer Repräsentation her: die Politik, das politische Personal spricht unmittelbar zum Volk, ohne auf die Vermittlung politischer Parteien oder anderer intermediärer Organisationen oder Verfahren angewiesen zu sein. Zum anderen sorgt die Transformation des Parteiensystems, die Lockerung beziehungsweise die Auflösung enger Milieubindung, zu einer nahezu uneingeschränkten Personalisierung des politischen Prozesses. Nichts interessiert so sehr wie die Konkurrenz und der Konflikt der

6 Vgl. Claude Lefort, *Démocratie et représentation*. In: Daniel Pecaute/Bernardo Sorj (Hg.), *Métamorphoses de la représentation politique au Brésil et en Europe*, Paris 1991, S. 223–232.

7 Vgl. Hans Vorländer, *Spiel ohne Bürger*. Die Legitimität der Demokratie ist in existentieller Weise gefährdet. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Juli 2011, S. 8.

8 Vgl. Ulrich Sarcinelli, *Von der repräsentativen zur präsentativen Demokratie*. Politische Stilbildung im Medienzeitalter. In: Hans Vorländer (Hg.), *Zur Ästhetik der Demokratie*. Formen der politischen Selbstdarstellung, Stuttgart 2003, S. 187–199.

Gesichter. Das ist die Stunde der populistischen Führerfiguren, die es verstehen, durch unmittelbare, über die Medien perfekt inszenierte Ansprache breite Teile der Wählerschaft für sich zu gewinnen.

Dass hierin eine Strategie und eine neue, strukturelle Chance des Populismus liegen, ist keineswegs allein an Phänomenen des Rechtspopulismus zu beobachten. Tony Blair, der Führer von *New Labour*, erklärte in einer – selbstverständlich prominent von den Massenmedien übertragenen – Wahlrede: „These are non-partisan leaders with a non-partisan programme running a non-partisan government in the interests of the people as a whole. This is, in short, partyless democracy“.⁹ So tragen beide Entwicklungen, die Veränderung der Formen des politischen Wettbewerbs und die Mediendominanz, zu einer populistisch-plebiszitären Transformation der liberalen, auf komplexen Vermittlungsnotwendigkeiten angewiesenen Demokratie bei.¹⁰ Dass hierin eine Gefahr liegt, ist offensichtlich. Dass diese Gefahr von der Metamorphose der Demokratie selbst eröffnet wird, ist indes das neue und letztlich bedrohliche Problem. Der Populismus wird hier quasi zum *Fellow Traveller* der modernen Massendemokratie, er wird zu ihrem langen Schatten:¹¹ Das kann an Berlusconi wie an Chávez studiert werden. Der eine verfügt wirtschaftlich über die Medien, der andere monologisiert – stundenlang – über die eigene *Talkshow* zu seinem Volk. Das ist so lange unschädlich, wie die demokratische Grundordnung in Takt ist und Widerstände zu mobilisieren vermag. Wenn die schon aus der Antike bekannte Figur des Demagogen dann aber auch noch über die Macht der Massenmedien zu verfügen und die zentralen Positionen der staatlichen Macht zu besetzen weiß, dann ist der Ausgriff in eine Form totaler Herrschaft nicht mehr weit. Neben den guten, die Demokratie in bestimmten Situationen belebenden und erneuernden und den schlechten, zum Autoritarismus neigenden, aber doch kontrollierbaren, tritt der hässliche, die Demokratie zerstörende Populismus. Das Problem ist, dass meistens erst die Nachgeborenen wissen, um welchen Populismus es sich gehandelt hat.

9 Peter Mair, *Populist Democracy vs. Party Democracy*. In: Yves Mény/Yves Surel (Hg.), *Democracy and the Populist Challenge*, New York 2002, S. 96.

10 Vgl. Frank Decker, *The Populist Challenge to Liberal Democracy*. In: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (2003) 3, S. 47–60.

11 Vgl. Arditì, *Populism*, S. 20.